

AKTUELL

ETHNIZITÄT

Sucht nach Identitätsgefühlen

Renée Wagener

Die Beziehungen zwischen Einheimischen und MigrantInnen hängen von den Möglichkeiten der kulturellen und politischen Teilhabe ab. Eine deutsch-luxemburgische Konferenz beleuchtete die Auseinandersetzung um Partizipation und Ausgrenzung.

„Die Schmutzarbeit, Trennungslinien aufrechtzuerhalten.“ Mit diesem Zitat des Politologen John Crowley beschrieb Nira Yuval-Davis von der University of East London den Begriff der „Politik der Zugehörigkeit“. „Es geht dabei um die Trennungslinien, welche die Weltbevölkerung in ‚wir‘ und ‚sie‘ trennen“, so die Soziologin bei der internationalen Konferenz „Migration, Partizipation und Ausgrenzung“, die vorige Woche in Trier und Düdelingen stattgefunden hat.

Die meisten der Referate drehten sich um diesen zwanghaften Erhalt von Barrieren zwischen Kollektivitäten. Eine Form davon sind neue Ausdrucksformen des Rassismus: Der landläufige Bezug auf Ethnizität und kulturelle Differenzen, so Burcu Togrul von der Universität Hamburg, sei nur ein kulturell verbrämter Rassismus: „Besonders seit dem 11. September werden MigrantInnen als Gefahr für ‚unsere‘ Kultur wahrgenommen. So ersetzen sie die Feinde des kalten Krieges in der westeuropäischen Wahrnehmung.“

Ein „eurozentristisches Weltbild“ ist für Erol Yildiz von der Universität Köln Basis dieses neuen Rassismus, der von der Vorstellung ausgeht, Fremde könnten sich nicht in die einheimische Normalität einpassen. Dabei werde nicht nur außer acht gelassen, dass diese Normalität eine Utopie ist, sondern an den konkreten migrantischen Individuen werde „konsequent vorbeigekuckt“. Yildiz hat in Medien und Veröffentlichungen zahlreiche Belege für diese Haltung gefunden: Schulen oder auch Stadtviertel werden als „Brennpunkte“, als „Problemzonen“ oder „demokratiefreie Zonen“, als abweichend von der Dominanzgesellschaft dargestellt. Migrationsgeprägte Straßen und Stadtteile, so Yildiz, würden in Deutschland grundsätzlich als Parallelgesellschaften definiert, aus denen einheimische Kultur verbannt ist.

Die Wirklichkeit sehe oft völlig anders aus: Yildiz zitierte das Beispiel der transnational geprägten türkischen

Bäckerfamilie, die über die Schweiz und Frankreich nach Köln kam und Familienbezüge zu Großbritannien und den Niederlanden besitzt. Oder den türkischen Jugendlichen, dessen Ideal es ist, ein „Nullacht-fünfzehn“-Arbeiter mit zwei Kindern zu sein: „Ich will Standard werden.“ Dass solche Artikulationen der MigrantInnen selbst aber kaum registriert werden, führt Yildiz auf die kulturelle Hegemonie zurück: Bei Rassismus gehe es in erster Linie um Macht, auch um Macht über Diskurse.

Ambivalenter sah diese kulturellen Trennungslinien Thomas Geisen vom Institut für Regional- und Migrationsforschung, das gemeinsam mit dem Centre de Documentation sur les Migrations Humaines die Tagung organisierte. Während auf der Seite der Einheimischen der Diskurs der Parallelgesellschaften geführt wird, kann Ethnizität zu einer wichtigen Ressource für MigrantInnen werden, ja zur Basis ihrer Lebensführung. Integration werde dann auf das ethnische Kollektiv ausgerichtet. Den Soziolo-

gen Christian Sigrist zitierend, sprach er von einer „manipulierbaren Sucht nach Identitätsgefühlen“, der sowohl Einheimische als MigrantInnen ausgesetzt seien.

Die Diskussion um Parallelgesellschaften geistert nicht nur durch Deutschland, auch wenn sie dort mit besonderer Heftigkeit geführt zu werden scheint. Denis Scutos Referat zur Geschichte der Luxemburger Staatsbürgerschaft zeigte zwar, dass Ausgrenzung im Fall des Großherzogtums einhergeht mit der Konstruktion einer eigenen nationalen Identität. Doch die „urban legend“, die italienischen MigrantInnen hätten sich in Luxemburg leichter und schneller integriert als die portugiesische Gemeinschaft, weist analoge Züge auf zu deutsch-türkischen Trennungslinien.

KOMMENTAR

Das Gespenst Migration

Sonja Kmec

Ein Gespenst geht um in Europa, das Gespenst der Migration. Es stand im Mittelpunkt der Podiumsdiskussion der Tagung „Migration, Partizipation und Ausgrenzung“, einem *clash of cultures* zwischen Politik (Minister Nicolas Schmit), Wirtschaft (Arbeitgebervertreter Gérard Eischen) und Wissenschaft (Thomas Geisen des Instituts für Regional- und Migrationsforschung), moderiert von Jürgen Stoldt.

Migration als Zukunft eines alternden Europas? Luxemburg (58 Prozent Staatsbürger) als Modell für Europa? Während der Wirtschaftsvertreter eine „gezielte Migration“ von Hochqualifizierten einforderte, beschäftigte den Minister die „Toleranzschwelle“ der Einheimischen. Beide Reizworte wurden unkritisch als Leitbilder übernommen, worauf das zum größten Teil aus WissenschaftlerInnen bestehende Publikum mit Befremden reagierte. Die Unverhohlenheit und der glatte Zynismus des hier geäußerten neoliberalen Credo, das die Migration als bloße Kosten-Nutzen Abwägung begreift, überraschte und irritierte zugleich. Die Migrationspolitik basiert demnach auf einem monetären Optimierungskalkül; von

einem humanitären Ansatz war keine Rede. Dabei ist das Gespenst der Migration bloß ein Symptom für globale Ungleichheiten und Prekaritätslagen. Das neue Lumpenproletariat besteht aus Hausangestellten und PraktikantInnen, Sans-papiers und SklavenarbeiterInnen in Gastronomie, Bauwesen und Prostitution. Für den Arbeitsmarkt sind sie genauso relevant wie jene hochqualifizierten Arbeitskräfte, die die Wirtschaft braucht um wachsen zu können und den (Luxus)Lebensstandard der alternden Bevölkerung aufrecht zu erhalten.

Im Film „Matrix Reloaded“ sind Gespenster und andere übernatürliche Erscheinungsbilder, so das Orakel, Fehler des (Computer)Systems, das die Welt reguliert. Es sind Unregelmäßigkeiten, die von obsoleten Programmen erzeugt werden. Das „Programm“ Nationalstaat scheint heute überholt, aber es überdauert unter anderem in den Ängsten, die sein Verschwinden auslöst. Die allgemeine Verunsicherung wurde von Nicolas Schmit als „Identitätskrise“ betitelt. Er bezog sich dabei auf das französische Ministère de l'Immigration et de l'Identité nationale, musste aber zugeben, dass

dieses Ängste eher schürt als sie zu entschärfen. Wie die Politik der Angst vor „Überschwemmung“ durch so genannte Migrationswellen, -fluten und -ströme begegnen kann, blieb unklar. Die Podiumsdiskussion lenkte den Blick auf einen Teil der Luxemburger Wählerschaft, der - mit ironischem Unterton - als die eigentliche Parallelgesellschaft beschrieben wurde, da er Mühe habe sich in das wirtschaftlich und sozial kosmopolitische Umfeld Luxemburgs zu integrieren.

Die Darstellung von Luxemburgern und Ausländern als gegensätzlichen Massen scheint Teil des Problems. Das Zahlenverhältnis von 60 zu 40 Prozent (im gesamten Land), 40 zu 60 Prozent (in der Hauptstadt, nachts) und 20 zu 80 Prozent (tagsüber) beruht auf einer nationalstaatlichen Logik. Es hat eine sehr konkrete Bedeutung in Bezug auf Stimmrecht und politische Partizipation, deren Einschränkung zu rigiden Zuschreibungen von Identität und Nationalität führt.

Sonja Kmec ist Historikerin.